

BANKEN

Boni für Wechsel in die Politik

Wall-Street-Firmen wie die Investmentbank Goldman Sachs zahlen ihren Mitarbeitern bei einem Wechsel in die Politik enorme Boni, die bei einem normalen Stellenwechsel oft verfallen würden. Das hat die US-Organisation Project on Government Oversight (Pogo) herausgefunden. Leitende Manager von JPMorgan Chase können Bankpapieren zufolge etwa Aktienzuschläge bekommen, die ihnen eigentlich erst nach Ablauf einer bestimmten Zeit zustehen, wenn sie eine „Vollzeitstelle in einem gewählten oder ernannten Amt“ annehmen. Ähnliches gilt für Goldman: Laut einem Dokument von 2010 können Führungskräfte der mächtigen Investmentbank,

die in eine internationale Organisation oder in eine Regierungsbehörde wechseln, für bestimmte Aktien-Boni eine Einmalzahlung erhalten. Die Regelung würde „grundsätzlich auch für Wechsel zu Regierungen und Organisationen in Europa gelten“, erklärt die Organisation Lobbycontrol. Der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, der von 2004 bis 2005 Vizepräsident bei Goldman Sachs International war, habe aber vor seinem dann folgenden Wechsel zur italienischen Notenbank „keine Zahlungen erhalten“, wie eine Sprecherin auf Nachfrage sagt. In den USA sind in der Vergangenheit schon etliche Investmentbanker in die Politik gewechselt. Vor allem die Drähte von Goldman Sachs in höchste Regierungsbehörden sind berüchtigt. Auslöser für die Recherchen von Pogo war eine Millionenzahlung an den neuen Finanzminister Jack Lew, die er von seinem früheren Arbeitgeber Citigroup erhielt.

LANDWIRTSCHAFT

Belastete Böden

Die Verunreinigung von Böden und Grundwasser infolge von Ammoniak-Emissionen nimmt weiter zu: Im Jahr 2010 gelangten 552 Kilotonnen der gasförmigen Stickstoffverbindung in die Umwelt, im Jahr 2011 sogar 563 Kilotonnen – obwohl sich Deutschland international verpflichtet hat, ab 2010 die Höchstmenge von 550 Kilotonnen nicht zu überschreiten. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung an die Grünen hervor. 95 Prozent der Ammoniak-Emissionen stammen aus der Landwirtschaft, vor allem aus der Tierhaltung. In Landstrichen mit intensiver Landwirtschaft,

etwa in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder den ostdeutschen Bundesländern, verunreinigen die Ammoniak-Emissionen das Grundwasser massiv, an manchen Stellen ist es nicht mehr zum Trinken geeignet. „Die Maßnahmen, die jetzt im Baurecht ergriffen werden, reichen nicht aus“, kritisiert Vize-Fraktionschefin Bärbel Höhn. „Kommunen in Ostdeutschland haben kaum Möglichkeiten, sich gegen Mega-Mastanlagen zu wehren.“ Tatsächlich ermöglicht die gerade verabschiedete Novelle des Baugesetzbuchs den Kommunen nur Planungshoheit über einen Teil der Anlagen. Der massive Bau von Mastanlagen sorgt etwa in Niedersachsen seit langem für Kritik und gilt als ein Grund für die Wahlniederlage der CDU Anfang des Jahres.



Putenmaststall in Niedersachsen

NIGEL TREBLIN / DAPD



Weselsky

TIM WEGNER / LAIF

GEWERKSCHAFTEN

Ex-GDL-Vorstand klagt gegen Entmachtung

Die personelle Neuordnung in der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat ein juristisches Nachspiel. Nachdem die zwei stellvertretenden GDL-Vorsitzenden Sven Grünwoldt und Thorsten Weske aus ihren Ämtern gedrängt wurden, will Grünwoldt nun juristisch dagegen vorgehen. „Ich fühle mich zu Unrecht von meinem Amt enthoben“, sagt der Ex-Funktionär. „Deshalb wehre ich mich mit den notwendigen rechtlichen Mitteln dagegen.“ Grund für die Demission war offenbar ein privater Hauskauf, bei dem es zu unzulässigen Verknüpfungen zwischen „privaten Interessen und dem politischen Auftrag für die GDL“ gekommen sei, schreibt GDL-Chef Claus Weselsky in einem internen Brief. Grünwoldt soll offenbar bei Finanzinstituten keine Kredite mehr bekommen und Weselsky gebeten haben, beim Chef des Beamten Bundes Tarifunion (dbb) zu fragen, warum ihm eine der Banken den gewünschten Kredit nicht bewilligen wollte. Außerdem lieh er sich Geld von Weske, um seine Eigenkapitalquote zu erhöhen. Der dbb ist der gewerkschaftliche Dachverband für Beamte und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst – und für die GDL zuständig. Der Chef des dbb saß zu dem Zeitpunkt im Aufsichtsrat jenes Instituts, das Grünwoldt den Kredit versagt haben soll. Weselsky verstand seinen Stellvertreter offenbar so, als solle der dbb-Chef für Grünwoldt intervenieren.